

Deutsche Gesellschaft Sektion für Soziologie Bildung und Erziehung

Call For Papers:

Politische Bildung – politisierende Bildung – politische Sozialisation

Frühjahrstagung der Sektion „Soziologie der Bildung und Erziehung“ in der DGS
am 17. und 18.6.2010 in Essen (Kulturwissenschaftliches Institut)

Die Frühjahrstagung der Sektion Bildung und Erziehung will sich einem in der Bildungssoziologie meist vernachlässigten Themenfeld widmen, nämlich der politischen Bildung (in Schule, außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung und Hochschule) und der politischen Sozialisation.

Es sind verschiedene Entwicklungen, die gegenwärtig auf die politische Bildung wirken, etwa die politische Verdrossenheit, die sich vor allem als Bindungsverlust politischer und politiknaher Institutionen und ihrer Beteiligungsformen äußert, die „Globalisierung“ mit ihren vielfältigen Auswirkungen, das Ansteigen weltweiter Krisenherde und die vielfachen ökologischen Gefährdungen, Individualisierungsprozesse und die Folgen neoliberaler Zersetzung kollektiver Orientierungen, Fremdenfeindlichkeit sowie wachsende soziale Ungleichheit. Insgesamt kann man sagen: Die Zeiten sind politisch wie nie, aber zugleich droht die politische Bildung, so der Eindruck, immer randständiger zu werden.

Deren Situation wird je nach Blickwinkel verschieden eingeschätzt und bewertet, wobei immer auch ein bestimmtes Politikverständnis und eine bestimmte Funktion erkennbar wird, die der politischen Bildung zugeschrieben wird. So wird etwa die Distanzierung von Politik gleichgesetzt mit *politischem Desinteresse* und *Entpolitisierung*. In Wissenschaft, Politik und den Medien wird dann vielfach die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die demokratische Fundierung der Gesellschaft unterhöhlt wird, wenn eine Sozialisation in das politische System nicht mehr hinreichend gelingt. Die Aufgabe der politischen Bildung wird entsprechend darin gesehen, dieser Entwicklung entgegen zu steuern.

Ein zweites Erklärungsmuster betont, dass den vermeintlichen Entpolitisierungstendenzen Befunde gegenüber stehen, die eine hohe Bereitschaft zu sozialem und bürgerschaftlichem Engagement und zu Partizipation aufzeigen, dass sich also immer mehr Menschen im weiteren Sinne an Politik – verstanden als die Regelung der allgemeinen Angelegenheiten – praktisch beteiligen. Politische Verdrossenheit ist dann weniger Zeichen von Entpolitisierung, sondern Folge davon, dass die etablierten politischen und politiknahen Institutionen mit ihren herkömmlichen Beteiligungsformen das Partizipations- und Kompetenzpotenzial der Menschen nicht aufnehmen können. Diagnostiziert wird also Ausdruck ein *Entfremdungsprozess*, in dessen Sog dann auch die politische Bildung geraten ist.

Ein drittes Erklärungsmuster verweist auf verschiedene gesellschaftliche und ökonomische Wandlungsprozesse (etwa Globalisierung, Entgrenzung, zunehmender Einfluss der Ökonomie), durch die Orte und Inhalte des Politischen sich verschoben und verändert haben. „Politik“, der Gegenstand politischer Bildung, wird dadurch insgesamt *intransparenter und weniger greifbar*.

Ein viertes Erklärungsmuster sieht die politische Bildung als ein an sich *überholtes Konzept* an, da angesichts eines allgemeinen Anstiegs des Bildungsniveaus im Zuge der Bildungsexpansion die Menschen bereits emanzipiert sind und keiner vermeintlich belehrenden politischen Bildung mehr bedürfen.

In jedem Fall haben sich Aufgaben, Ziele und Inhalte der politischen Bildung verändert, auch der Begriff des Politischen ist immer wieder Gegenstand heftiger Debatten. Gegenwärtig wird der Diskurs dazu dominiert von der Politikwissenschaft, der Politikdidaktik sowie der Pädagogik und ist relativ stark *normativ* geprägt. Die Sektionstagung hat zum Ziel, einen bildungssoziologisch-analytischen Blick auf *die sozialen Bedingungen und Folgen politischer Lern-, Sozialisations- und Bildungsprozesse* zu werfen und von dieser Perspekti-

ve aus den Gegenstand in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund wünschen wir uns empirische und theoretische bildungssoziologische Beiträge. Inhaltliche Bezugspunkte können sein:

- Was sind angesichts der oben angeschnittenen Problembereiche und Wandlungsprozesse heute die *zentralen Themen, Aufgaben und Ziele* politischer Bildung? Was hat sich verändert? Wie lässt sich ein angemessener Politikbegriff für die politische Bildung soziologisch fundieren?
- Mit *politischer Sozialisation* wird die *Entstehung* politischer und vorpolitischer Einstellungen und Dispositionen durch latente und manifeste Prozesse in den Blick genommen. Welche Rolle spielen dabei Familie und peer group, aber auch andere institutionelle Zusammenhänge? Wie knüpft politische Bildung und Partizipation an solche (vor)politischen Dispositionen an bzw. wie ließe sich daran anknüpfen?
- Partizipationsorientierte und demokratiepädagogische Ansätze verweisen darauf, dass politische Bildung nicht auf die kognitive Wissensdimension zu reduzieren ist, sondern auch über Handlungen praktisch angeeignet wird. Inwiefern lassen sich vor diesem Hintergrund institutionelle Bedingungen, Strukturen und Settings in Kindergarten, Schule, Hochschule und Weiterbildungseinrichtungen als politisch bzw. politisierend verstehend? Gibt es „heimliche Lehrpläne“, durch die latent politische Einstellungen und Praktiken vermittelt werden? Inwieweit ist es bei einem solchem Politikverständnis noch sinnvoll, an politischer Bildung als eigenständigem Unterrichtsfach oder Fachgebiet festzuhalten?
- Ein zentrales Ziel politischer Bildung war stets die „Emanzipation des Subjekts“ im Sinne der „Befreiung“ aus *Herrschafts- und Machtverhältnissen*. Moderne Gesellschaften sind jedoch dadurch gekennzeichnet, dass vormals äußere Herrschaftsverhältnisse zunehmend unsichtbar werden und sich als „symbolische Gewalt“ in die Subjekte verlagern. Wie drückt sich vor diesem Hintergrund Herrschaft heute aus, wie wird sie erfahren, und was kann daran anknüpfend „Emanzipation“ heute heißen? Inwieweit wirkt politische Bildung selbst als „symbolische Gewalt“?
- Diskutiert wird auch, ob die Formung einer national gedachten Staatsbürgerschaft angesichts aktueller Entwicklungen wie Globalisierung, Transnationalisierung, Europäisierung usw. heute als Ziel politischer Bildung ausgedient hat und durch erweiterte Konzepte der „Weltbürgerlichkeit“ und Citizenship Education abgelöst werden sollte. Wie lässt sich diese Entwicklung aus soziologischer Sicht bewerten? Wie tragfähig sind solche oftmals auf soziale und kulturelle Homogenität zielenden Konzepte überhaupt?
- Politisches Engagement, Interesse und Beteiligung an politischer Bildung sind in hohem Maße von *sozialer Ungleichheit* (v.a. nach Herkunft und Geschlecht) durchdrungen. Diejenigen, die aufgrund sozialer Benachteiligung das größte Interesse daran haben müssten, dass die „allgemeinen Angelegenheiten“ anders geregelt sind, beteiligen sich daran am wenigsten. Welche (speziellen?) Mechanismen der Selbst- und Fremdausschließung sind hier wirksam? Gibt es spezifische (neue?) politische Kompetenzen, die heute als notwendig gefordert werden, und werden andere (alte?) politische Kompetenzen abgewertet?
- Wenn in Schule, Hochschule und Weiterbildung zunehmend individuelle *Leistung, Fachkompetenz und Qualifikation* in den Mittelpunkt gerückt werden, dann ist zu fragen, inwiefern sich dadurch auch Inhalte und Zielsetzungen politischer Bildung verändert haben?
- Wie ist der Ort der politischen Bildung im politischen Feld zu bestimmen? Welche Akteure und Interessengruppen bringen Zielsetzungen und Inhalte in die politische Bildung ein und versuchen sie durchzusetzen? Welche Wandlungsprozesse, etwa als Folge bildungsbedingter sozialstruktureller Verschiebungen, haben hier das Feld und die Beziehungen zwischen den Akteuren verändert?

Vortragsangebote mit einem **maximal zweiseitigen Abstract** möglichst per E-Mail bitte bis zum **20.3.2010** an:

Prof. Dr. Helmut Bremer
Universität Duisburg-Essen
Fakultät für Bildungswissenschaften
Institut für Berufs- und Weiterbildung
Berliner Platz 6-8
45127 Essen
Fax: 0201.183 6059, Mail: helmut.bremer@uni-due.de